



**Benjamin-Immanuel Hoff  
Horst Kahrs**

**Die Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein  
am 27. September 2009 – Wahlnachtbericht und erste Analyse**

**Berlin, 28. September 2009**

# Die Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. September 2009 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

## Inhaltsverzeichnis

1. Das Wahlergebnis im Überblick .....	3
2. Das Parteiensystem in Schleswig-Holstein nach der Wahl .....	4
a. Die beiden großen Parteien .....	4
b. Die kleinen Parteien.....	6
c. Koalitionsfähigkeit.....	6
3. Der Landtagswahlkampf 2009 .....	7
4. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen.....	8
a. Sicherheit der Wahlentscheidung / Interesse an der Wahl .....	8
b. Die Kompetenzen der Parteien .....	9
c. Die wichtigsten Themenfelder und wahlentscheidende Themen.....	10
d. Wechselstimmung und Bewertung der Landesregierung .....	11
e. Aussagen zur LINKEN in Schleswig-Holstein .....	13
f. Koalitionssignale vor der Wahl und –präferenzen der Wahlberechtigten.....	13
5. Das Wahlergebnis im Einzelnen .....	15
a. Die Wähler/-innen-Wanderung .....	16
b. Gründe für die Stimmabgabe .....	16
c. Die Erstwähler/-innen und Wähler/-innen nach Altersgruppen .....	17
d. Die Wähler/-innen nach Geschlecht.....	17
e. Die Wähler/-innen nach Beschäftigungsmerkmal.....	18
f. Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen.....	18
Die Autoren / Vorbehalt .....	20

## 1. Das Wahlergebnis im Überblick

Die CDU wurde in Schleswig-Holstein mit 31,5% der Zweitstimmen stärkste politische Kraft. Sie fuhr damit ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950 ein. Obwohl sie gegenüber 2005 fast 9 Prozentpunkte verlor, erreichte sie allein aufgrund der gewonnenen Wahlkreis-Mandate 34 statt 30 Sitze.

Dem neuen Landtag gehören 95 statt 69 Abgeordnete an. Die FDP erreichte 15 Mandate und kann zusammen mit der CDU die vom Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen gewünschte schwarz-gelbe Regierung bilden.

Die SPD verlor über 13 Prozentpunkte und erzielte mit 25,4% ihr schlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein.

**Tabelle: Ergebnisse Landtagswahl 2009**

	LTW05			LTW09			Veränderung		
	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate
Wahlberechtigte	2.186.620			2.220.398			33.778		
Nichtwähler	731.526			589.241			-142.285		
Wähler	1.455.094	66,5%	69	1.631.157	73,5%	95	176.063		26
Ungült. Stimmen	20.289			33.683			13.394		
Gültige Stimmen	1.434.805			1.597.474			162.669		
CDU	576.095	40,2%	30	503.592	31,5%	34	-72.503	-8,6%	4
SPD	554.879	38,7%	29	406.215	25,4%	25	-148.664	-13,2%	-4
Grüne	89.387	6,2%	4	198.563	12,4%	12	109.176	6,2%	8
FDP	94.935	6,6%	4	238.568	14,9%	15	143.633	8,3%	11
DIE LINKE	11.392	0,8%		95.238	6,0%	5	83.846	5,2%	5
Sonstige	56.197	3,9%		85.860	5,4%		29.663	1,5%	0
SSW	51.920	3,6%	2	69.438	4,3%	4	17.518	0,7%	2

DIE LINKE zieht mit 6,0% in das 12. Landesparlament ein.

Die Wahlbeteiligung war dank der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl deutlich höher als bei vorherigen Landtagswahlen. Profitiert haben hiervon vor allem die kleineren Partei, insbesondere wahrscheinlich Grüne und FDP.

**Tabelle: Vergleich Landtag- und Bundestagswahl**

	LTW 09	BTW09	Differenz
Wähler	1.631.157	1.644.531	13.374
Ungült. Stimmen	33.683	35.346	1.663
Gültige Stimmen	1.597.474	1.609.185	11.711
CDU	503.592	518.366	14.774
SPD	406.215	430.614	24.399
Grüne	198.563	203.657	5.094
FDP	238.568	261.804	23.236
DIE LINKE	95.238	127.216	31.978
Sonstige	85.860	67.528	-18.332
SSW	69.438		-69.438

Der Vergleich mit den Stimmen für die Bundestagswahl zeigt, dass alle fünf Bundestagsparteien mehr Stimmen für den Bundestag als für den Landtag erhielten. Die Zahl der gültigen Stimmen lag geringfügig höher und die Stimmen des SSW und sonstiger Parteien wurden auf die fünf Parteien umverteilt. Aus den Stimmendifferenzen zwischen Bund und Land lässt sich keine bedeutsame Aussage ableiten – außer der, dass es eine besondere Nähe der Wählerschaft von SSW und Sonstigen zur LINKEN, zur FDP und zur SPD geben könnte.

## 2. Das Parteiensystem in Schleswig-Holstein nach der Wahl

Die Landtagswahl vom 27. September hat das Parteiensystem in Schleswig-Holstein um eine Partei bereichert. Die LINKE, die bislang weder im Land noch kommunal eine relevante Rolle gespielt hatte, wurde in den Landtag gewählt und vervollkommnet damit die parlamentarische Repräsentanz der LINKEN in Nordwestdeutschland nach dem Einzug in die Bremer Bürgerschaft 2007, die Hamburger Bürgerschaft und den niedersächsischen Landtag 2008.

### a. Die beiden großen Parteien

Die beiden großen Parteien, CDU und SPD, stehen in Schleswig-Holstein unter erheblichem Druck. Beide Parteien haben massiv verloren, womit ein seit einigen Jahren anhaltender Trend bestätigt aber zugleich auch erheblich intensiviert wurde. Wie im Bund stürzte die SPD auch im Norden auf einen historischen Tiefstand. Spitzenkandidat Ralf Stegner sprach von einem *"bitteren Tag für die Sozialdemokratie"*. *"Wir hatten einen sehr schweren Stand durch den Koalitionsbruch und die vorgezogenen Landtagswahlen"*, sagte Stegner im NDR Fernsehen.<sup>1</sup>

Bereits bei den vergangenen Wahlen gelang es sowohl SPD als auch Union zunehmend weniger, Wähler/-innen zu mobilisieren – mit dem Ergebnis einer spürbaren Abwanderung in das Nichtwähler/-innenlager. Die SPD verliert unter Arbeitnehmer/-innen und anderen klassischen sozialdemokratischen Wähler/-innengruppen wieder deutlich an Zustimmung.

Während anfänglich, bei den Wahlen 2003 und 2004 hiervon noch die CDU profitieren kann, gelingt ihr dies ab 2005 nicht mehr. Bei den Kommunalwahlen 2008 werden erstmals tiefe Einbrüche in traditionellen Hochburgen der CDU sichtbar. Bei den Kommunalwahlen 2008 erleben die Freien Wählergruppen und die FDP einen Aufschwung zu Lasten der CDU. Die CDU verliert sowohl in städtischen Gebieten (Flensburg) wie auch in ländlichen Regionen.

Auch im Falle der CDU kann von einer deutlichen Abnahme wohlfahrtsstaatlicher Interessenvertretungskompetenz gesprochen werden<sup>2</sup>: Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2003 stieg der Anteil der Nichtwähler 2008 von 45,5 Prozent auf 50,6%, der Anteil der CDU-Stimmen an allen Wahlberechtigten sank von 27,3 Prozent auf 18,6 Prozent. Einen vergleichbaren Absturz erlebte die SPD 2003 gegenüber 1998 (von 26,2% auf 15,7%).

Die CDU hat zudem mit dem Problem zu kämpfen, dass sie ihrer abnehmenden wohlfahrtsstaatlichen Interessenvertretungskompetenz nur insoweit nachkommen kann, wie dies nicht zu Abwanderungen bei radikaleren wirtschaftsliberalen Anhänger/-innen in Richtung FDP führt.<sup>3</sup>

Die „Zerbröselung“ der Volkspartei CDU folgt der „Zerbröselung“ der Volkspartei SPD in Schleswig-Holstein mit einem zeitlichen Abstand von fünf Jahren. Dieser Zerfall setzte sich bei den aktuellen Wahlen fort.

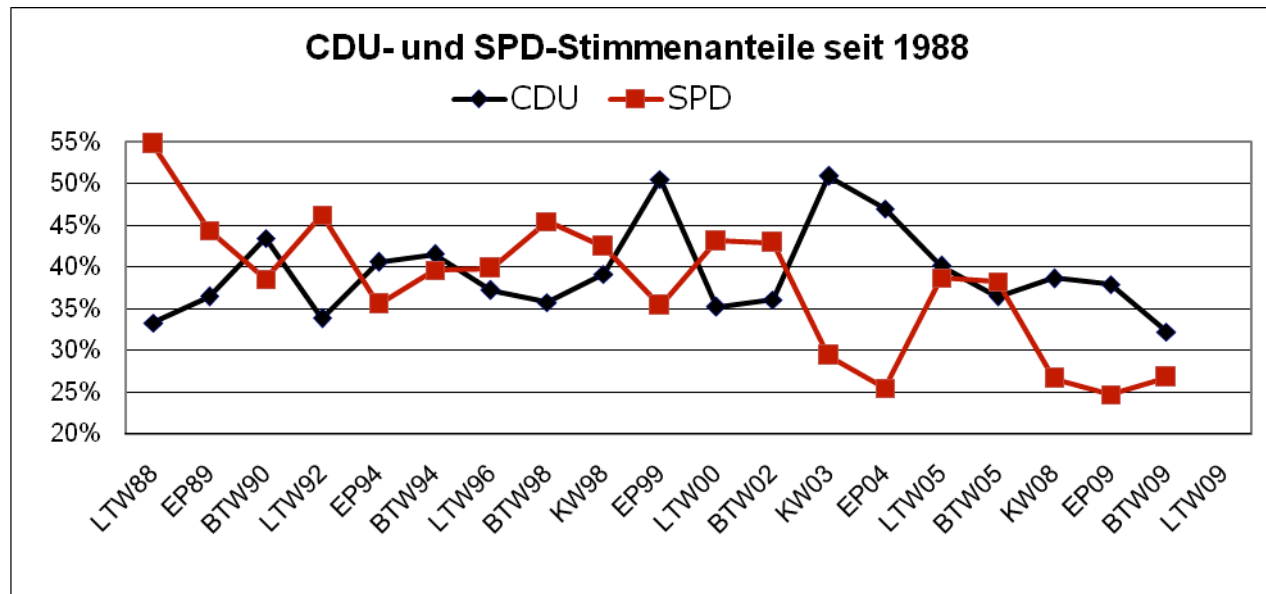
---

<sup>1</sup> [http://www.ndr.de/nachrichten/landtagswahl\\_schleswig\\_holstein\\_2009/shwahlreaktionen100.html](http://www.ndr.de/nachrichten/landtagswahl_schleswig_holstein_2009/shwahlreaktionen100.html).

<sup>2</sup> Heinrich 2008, a.a.O., S. 445.

<sup>3</sup> Heinrich 2008, a.a.O., S. 445.

Die Landtagswahl vom 27.09. zeigt, dass beiden Parteien es nicht gelungen ist, diese Erkenntnisse der Parteienforschung in praktisches Handeln umzusetzen.



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Auch nach dieser Wahl ist Schleswig-Holstein kein eindeutiges Parteien-Land. Von der dreijährigen Regierungszeit der SPD zwischen 1947 und 1950 abgesehen, stellte die CDU zwar von 1950 bis 1988 den Ministerpräsidenten. Zwischen 1971 und 1988 sogar mit absoluter Mehrheit. Doch trotz dieser Dominanz der Union war und ist Schleswig-Holstein kein „natürliches“ CDU-Land, sondern vielmehr geprägt durch einen Parteienwettbewerb, in dem die SPD ihren Stimmenanteil in den sechziger und siebziger Jahren sukzessive ausbauen konnte – ohne die Regierungsposition der CDU zu gefährden, aber mit Vorsprüngen bei Bundestagswahlen.

Im Übergang zu den achtziger Jahren profitierte die Landes-SPD von zwei Entwicklungen: Zum einen von ihrer früheren Fähigkeit, durchaus im Konflikt mit der Bundespartei, die Atomenergie und die Umweltpolitik sowie Frauen- und Beteiligungsthemen zu thematisieren. Dies führte zu einem Attraktivitätsgewinn bei jüngeren Wähler/-innen, den Angestellten im wachsenden Dienstleistungssektor und grün-libertären Werteanhänger/-innen.

Zum anderen von der abnehmenden Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum und dessen Suburbanisierung mit der Ansiedlung neuer sozialer und kultureller Gruppen, mit der Folge einer Schwächung der ländlichen CDU-Dominanz.<sup>4</sup>

Der unter dem Eindruck der „Barschel-Affäre“ stehende Regierungswechsel 1988, bei dem die CDU auf 33,3% abfiel und die SPD einen beispiellosen Stimmenwert von 54,8% erreichte führte zwar erstmals nach 1950 zu einem Wechsel in Richtung SPD, jedoch ohne sie im nordwestlichen Bundesland zu einer ungefährdeten Mehrheitspartei zu machen.

Nach Heinrich ist der Parteienwettbewerb zwischen den beiden Parteien vielmehr geprägt durch eine starke Bedeutung des „jeweiligen Personal und Issue-Managements der beiden Großparteien, der zum Urnengang geltenden medialen Agenda und damit die Rolle der Wahlkämpfe allgemein. Die Folge: wechselnde Trendverläufe mit Stimmenverschiebungen zwischen und unmittelbar vor Wahlgängen, enge Wahlausgänge zwischen SPD und CDU

<sup>4</sup> Vgl. Roberto Heinrich 2008, Das Parteiensystem Schleswig-Holsteins, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 440.

sowie mehrfach inkongruente Führungspositionen beider Parteien auf Landes- und Bundesebene.<sup>5</sup> Dies wurde durch den gerade absolvierten Urnengang erneut bestätigt.

## b. Die kleinen Parteien

Bis zum späten erstmaligen Einzug der Grünen in den Landtag 1996 bildeten die Liberalen neben dem mit einer Sonderrolle ausgestatteten Südschleswigschen Wählerverband (SSW) die vierte parlamentarische Kraft, die zudem von Unterbrechungen (1971, 1983, 1988) gekennzeichnet war.

Aufgrund der starken Polarisierung im nordwestlichen Parteiensystem und der langen CDU-Alleinregierungen konnten die Freidemokraten auch keine Bedeutung als Königsmacher erlangen. Ein entsprechender Versuch 1962, als die FDP die bereits laufenden Koalitionsverhandlungen mit der CDU unterbrach, um Gespräche mit der SPD aufzunehmen, scheiterten am SSW, dessen Grundsatzhaltung bis heute lautet: „Nicht stürzen, sondern stützen“.

Seit den neunziger Jahren und verstärkt im laufenden Jahrzehnt profitieren jedoch sowohl FDP und Grüne von der abnehmenden Integrationsfähigkeit der beiden großen Parteien, die bis zum Ende der 80er Jahre noch über 85% der abgegebenen Landtagswahlstimmen auf sich vereinigten.

Die FDP hat, seitdem sie sich in den achtziger Jahren von einer SPD-Orientierung weg wieder eindeutig zur Union bekannte, von Abwanderungen früherer CDU-Wähler/-innen profitieren können und durch den enormen Vertrauensverlust der CDU auch bei dieser Wahl erheblich gewinnen und ihr bestes Landeswahlergebnis in der Geschichte Schleswig-Holsteins erreichen können.

Der Strukturwandel des Landes führt zu einer Verfestigung grüner Wähler/-innenschaft, auch wenn dem Wachstum aufgrund sozio-ökonomischer und regionalstruktureller Rahmenbedingungen im Vergleich zu urbanen Regionen Grenzen gesetzt sind. Darüber hinaus profitieren auch sie von der Schwäche „ihrer“ Großpartei, der SPD.

Der SSW erreichte bei dieser Landtagswahl sein bestes Ergebnis seit 50 Jahren und hat sich entschieden, die bisherige Zurückhaltung im Hinblick auf Koalitionsgespräche aufzugeben. Zwar sagte der Landtagsabgeordnete Harms, *„Wir müssen nicht in die Regierung.“*, doch kündigte er an, der SSW werde sich in Koalitionsgesprächen *„teuer verkaufen“* – eine neue Herangehensweise des SSW.

## c. Koalitionsfähigkeit

Auch wenn die Kieler Landtagsparteien keine Koalition prinzipiell ausschließen, so war in der Vergangenheit die Koalitionsbereitschaft dadurch eingeschränkt, dass die Grünen und die FDP im Vorfeld der jeweiligen Wahlen eindeutige Koalitionssignale an „ihre“ Großpartei (SPD für Grüne und CDU für die FDP) sandten. Der SSW modifizierte diese Lagerstruktur insoweit, als er *„sich selbst nur eine (...) Ausnahmerolle bei knappen Mehrheitsverhältnissen zugestand und in diesem Falle die Tolerierung SPD-geführter Minderheitsregierungen als Option betrachtete.“*<sup>6</sup>

Die ersten Aussagen nach der Landtagswahl machen deutlich, dass sich die bisherigen politischen Bindungen in Auflösung befinden, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt:

- Ministerpräsident Carstensen, sagte am Wahlabend: *„Wir brauchen Handlungsfähigkeit und Stabilität in diesem Land.“* Vordringlichstes Ziel sei daher eine schnelle Regierungsbildung. Er gehe davon aus, dass die CDU zusammen mit der FDP das Land regieren könne. Zu den Liberalen gebe es die größte Schnittmenge. Sollte ein schwarz-gelbes

---

<sup>5</sup> Heinrich 2008, a.a.O., S. 443.

<sup>6</sup> Heinrich 2008, a.a.O., S. 445.

Bündnis am Ende nicht zustande kommen, habe er *"keine Probleme, mit den Grünen zu sprechen"*, denn seine Partei könne mit den "sehr pragmatischen" Grünen kooperieren. Auch mit dem SSW wolle er Sondierungsgespräche aufnehmen.

- FDP-Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki war sich sicher, dass es für ein Bündnis aus CDU und FDP reiche. Ohne die Beteiligung der FDP werde es keine Regierung geben. Sollte es für schwarz-gelb nicht reichen, sei *"Jamaika (...) kein Schreckgespenst"*. Vor die Wahl gestellt, ob er lieber mit dem SSW oder den Grünen koalieren würde, sagte Kubicki: *"Ich habe eine deutliche Präferenz für die Grünen"*.
- Die grüne Spitzenkandidatin Monika Heinold betonte, dass die Grünen bereit für eine Regierungsbeteiligung seien, um "grüne" Inhalte durchzusetzen, sagte Heinold. *"Wenn es für Schwarz-Gelb nicht reicht, werden wir mit allen Gespräche führen"*, doch stellte die Landesvorsitzende der Grünen, Marlies Fritzen, klar, *"Wir wollen nicht Königsmacher für Schwarz-Gelb sein"*. Es soll deshalb mit allen demokratischen Parteien geredet werden, auch eine mögliche "Jamaika-Koalition" sei nicht ausgeschlossen.

### 3. Der Landtagswahlkampf 2009

Die zu Ende gegangene Wahlperiode des Landtags in Schleswig-Holstein begann so dramatisch, wie sie begonnen hatte. Nachdem im vierten Wahlgang die vom SSW tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung keine Mehrheit für die Ministerpräsidentin-Kandidatin Heide Simonis erreichte, weil ein unbekannt gebliebenes Landtagsmitglied des Regierungsbündnisses die Zustimmung verweigerte, blieb zur Regierungsbildung nur die Zusammenarbeit von CDU und SPD. Schon die Voraussetzungen waren denkbar schlecht. Jahrzehntelang traten CDU und SPD im Norden nicht nur als Gegner im politischen Wettstreit auf; sie waren Feinde.

Obwohl beide Parteien durchaus gemeinsame Entscheidungen zu treffen in der Lage waren, gelang es den beiden Spitzenakteuren, Peter-Harry Carstensen für die CDU und Ralf Stegner (SPD) nicht, ein kooperatives Verhältnis zueinander zu entwickeln. Die stetigen Konflikte kulminierten und endeten zwischenzeitlich mit dem Rücktritt Stegners als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident und dem Wechsel an die Spitze der Landtagsfraktion. Dieser Wechsel entsprang keineswegs einer Schwächung Stegners, sondern diente der Erweiterung der Handlungsoptionen, mit dem Ziel, Opposition in der Regierung zu betreiben.

Insbesondere in den vergangenen Monaten schleppte sich das Regierungsbündnis von politischer Entscheidung zu koalitionärem Konflikt. Und dennoch ging niemand wirklich davon aus, dass das ungeliebte Regierungsbündnis vor dem für 2010 angesetzten regulären Wahltermin platzen würde.

Trotz der Verabschiedung des Landeshaushaltes durch die schwarz-rote Koalition beendete der Ministerpräsident Carstensen die Koalition einseitig – kurz vor dem Ablauf der Frist, mit der die Neuwahl des Landtages zum 27. September 2009 möglich wurde.

Die für das Aufkündigen des Regierungsbündnisses von Carstensen gelieferten Argumente blieben blass und durchschaubar. Dennoch gaben in einer Befragung von Infratest-dimap im Juli 2009 9% der Befragten Carstensen und 25% Stegner die Verantwortung für das Scheitern der Koalition. Die überwiegende Mehrheit von 55% erklärte beide gleichermaßen für verantwortlich.<sup>7</sup> Auf die Frage, ob die Wahl vorgezogen werden sollte, antworteten in der gleichen Befragung 56% mit Ja und 36% mit Nein. Nur zwei Monate vorher, im Mai 2009 hatten auf die gleiche Frage 24% nur Ja und 72% mit Nein geantwortet.<sup>8</sup>

Der Wahlkampf wurde geprägt durch die Vorgänge in der in die Schieflage geratenen Landesbank HSH Nordbank sowie die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und die Energiepolitik. Die

---

<sup>7</sup> Infratest dimap 2009, Schleswig-HolsteinTREND Juli 2009.

<sup>8</sup> Infratest dimap 2009, Schleswig-HolsteinTREND Mai 2009.

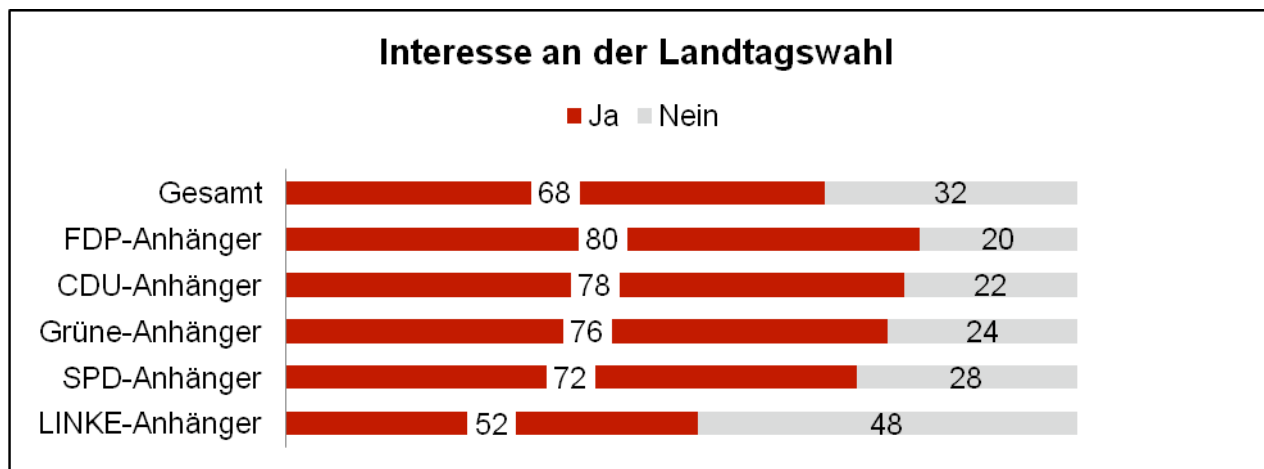
Bildungspolitik spielte – trotz der erheblichen Konflikte um die Einführung der Gemeinschaftsschulen, ein Projekt, das die SPD im erheblichen Konflikt mit der Union durchgesetzt hatte – eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Dies mag unter anderem daran gelegen haben, dass in der CDU Gemeinschaftsschulen inzwischen nicht mehr das Teufelszeug sind, als das sie 2005 noch angesehen wurden. Auf die Frage in einem FAZ-Interview ob Schwarz-Gelb bei den von der SPD durchgesetzten Gemeinschaftsschulen bleiben würde, antwortete Carstensen „Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Wolfgang Kubicki, hat gesagt, eine neue Schulsystemdebatte ist den Eltern in Schleswig-Holstein nicht zuzumuten. So sehe ich das auch.“<sup>9</sup>

#### 4. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen

Nachstehend werden Ergebnisse der Vorwahlbefragungen dargestellt. Dabei wird auf Daten von Infratest dimap (Schleswig-HolsteinTREND) zurückgegriffen.

##### a. Sicherheit der Wahlentscheidung / Interesse an der Wahl

Zweieinhalb Wochen vor der Landtagswahl waren nach Angaben von Infratest dimap zwei Drittel der befragten Wahlberechtigten (68%) sehr stark (24%) bzw. stark (44%) an der Abstimmung interessiert. Für ein Viertel der befragten Wahlberechtigten (26%) war die Wahl nur von geringer Bedeutung und 6% gaben an, dass sie keinerlei Interesse am Urnengang hatten.



Quelle: Infratest dimap – Schleswig-HolsteinTREND September I und II.

Aufgeschlüsselt nach Parteianhänger/-innen zeigt sich ein besonderes Interesse der FDP-Anhänger/-innen an der Landtagswahl (80% zu 20%), was vermutlich mit dem erwartbar guten Abschneiden der Partei zusammenhängt. Das Interesse der SPD-Anhänger/-innen war demgegenüber geringer ausgeprägt (72% zu 28%).

Am geringsten ausgeprägt war das Interesse der LINKEN-Anhänger/-innen, von denen nur knapp jeder Zweite Interesse an der Landtagswahl äußerte. Angesichts dessen, dass die LINKE landespolitisch bislang keine Rolle spielte und insoweit auch keinen gefestigten Kern von Anhänger/-innen verzeichnen kann, ist anzunehmen, dass es sich bei ihren „Anhänger/-innen“ um diejenigen handelte, die von anderen Parteien abgewandert sind und sich vorstellen konnten, die LINKE zu wählen. Der Anteil derjenigen, die zwischen einer Stimmabgabe

<sup>9</sup> <http://www.faz.net>.



für die LINKE – als Proteststimme – und dem Fernbleiben von der Wahl schwankten, dürfte nicht unerheblich gewesen sein.

## b. Die Kompetenzen der Parteien

Für die Wahlentscheidung ist die Kompetenz, die einer Partei bei der Lösung wichtiger Probleme zugeschrieben werden, von zentraler Bedeutung. Infratest dimap hat in den Vorwahlbefragungen (September I und II) die Parteikompetenzen abgefragt. Die nachstehende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen.

**Tabelle: Parteikompetenzen in Schleswig-Holstein**

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	Keine Partei / weiß nicht
Wirtschaft voranbringen	<b>44</b>	17	15	4	2	18
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	<b>38</b>	24	9	4	3	20
Aktuelle Wirtschaftskrise und deren Folgen bewältigen	<b>40</b>	19	9	2	1	28
Sich in der Krise um die Arbeitnehmer kümmern	22	<b>42</b>	7	7	8	15
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	20	<b>36</b>	10	9	9	14
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	29	<b>30</b>	12	10	4	14
Für eine gute Familienpolitik und eine Kinderbetreuung sorgen	31	<b>34</b>	5	10	4	13
Gute Umweltpolitik betreiben	16	11	3	<b>60</b>	1	9
Gute Energiepolitik betreiben	26	16	5	<b>40</b>	1	11
Die HSH-Nordbank-Krise lösen	21	15	10	2	2	<b>48</b>
Verschuldung in den Griff bekommen	29	16	10	3	2	<b>39</b>
Wichtigste Probleme des Landes lösen	<b>38</b>	24	6	5	2	23

Quelle: Infratest dimap – Schleswig-HolsteinTREND September I und II.

Der **CDU** wurden in ihren klassischen Themenfeldern der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik die größten Kompetenzen zugetraut. Dies wirkte sich auch auf die Frage nach der Bewältigung der Krise aus, bei der die CDU mehr als doppelt soviel Vertrauen genoss als die SPD. Bei der Bewältigung der Nordbank-Krise hingegen lag die CDU zwar immer noch vor der SPD, doch traute ihr hier nur jeder fünfte Befragte Kompetenzen zu. In der Zukunftsfrage hingegen lag sie deutlich mit 38% vor der SPD (24%).

Die **SPD** punktete in ihren Kernfeldern der Vertretung von Arbeitnehmer/-inneninteressen, der sozialen Gerechtigkeit sowie der Kinder- und Familienpolitik. In der Bildungspolitik konnte sie sich knapp vor der CDU behaupten.

Der Schwerpunkt der **Grünen** lag neben nennenswerten Kompetenzzuschreibungen in der Familien- und der Bildungspolitik in der Umwelt- und Energiepolitik.

Die Kompetenzen der **FDP** entsprechen ihren klassischen Themenbereichen, ähnelt aber auch den Themenfeldern der Union. Es sind die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sowie die Lösung der Wirtschaftskrise. Aber auch in der Bildungspolitik erhält sie gute Werte. Überraschend hoch ist der Kompetenzwert bei der sozialen Sicherheit. Es deutet sich an, dass ähnlich hohe Werte auch auf Bundesebene für die Liberalen gemessen und damit die Kompetenzbreite der Liberale erweitert wurde.

So wie sich das Kompetenzprofil der FDP mit dem der CDU überschneidet, so ähneln die Kompetenzen der **LINKE** denen der SPD. Die LINKE profiliert sich insbesondere auf dem

Gebiet der sozialen Gerechtigkeit und mit ihrem Eintreten für die Interessen der Arbeitnehmer/-innen in der Wirtschaftskrise. In beiden Bereichen profitiert die LINKE nach Einschätzung von Infratest dimap vom gesunkenen Vertrauen in die SPD.

### c. Die wichtigsten Themenfelder und wahlentscheidende Themen

Im Schleswig-HolsteinTREND II für September 2009 fragte Infratest dimap nach den wichtigen Themen in der Problemwahrnehmung der Wahlberechtigten. Entgegen den Wahlkampf-schwerpunkten der Parteien standen bildungs- bzw. schulpolitische Fragen sowie die Situation am Arbeitsmarkt im Vordergrund. Infratest dimap stellt dar, dass die Bildung im Vergleich zu 2005 an Relevanz gewonnen hat (+16 Punkte).

Erstaunlich ist, dass die Arbeitsmarktsituation an Bedeutung verloren hatte (-40 Punkte), während die ökonomischen Themen (Wirtschaftliche Lage, Verschuldung, die Krise der Nordbank) in der Problemwahrnehmung zunahmen. Der Umweltschutz und die Kinder- und Familienpolitik sowie die soziale Gerechtigkeit rangieren in der Problemwahrnehmung in der unteren Hälfte der Liste.



Quelle: Infratest dimap – Schleswig-HolsteinTREND September II

Die Kompetenzwerte der CDU und der FDP sind demnach insbesondere in den ökonomischen Themenfelder, die als besonders wichtig bewertet werden ebenfalls besonders hoch. Die Themenfelder der SPD rangieren in der unteren Bedeutungshälfte und auch im wichtigsten Themenfeld der Bildungspolitik gelingt es der SPD nicht, sich von der CDU abzusetzen.

Die Landtagswahl fand parallel zur Bundestagswahl statt, insoweit war von Interesse, ob bei der Wahlentscheidung die Landes- oder die Bundespolitik im Vordergrund stand.



Quelle: Infratest dimap – Schleswig-HolsteinTREND September II

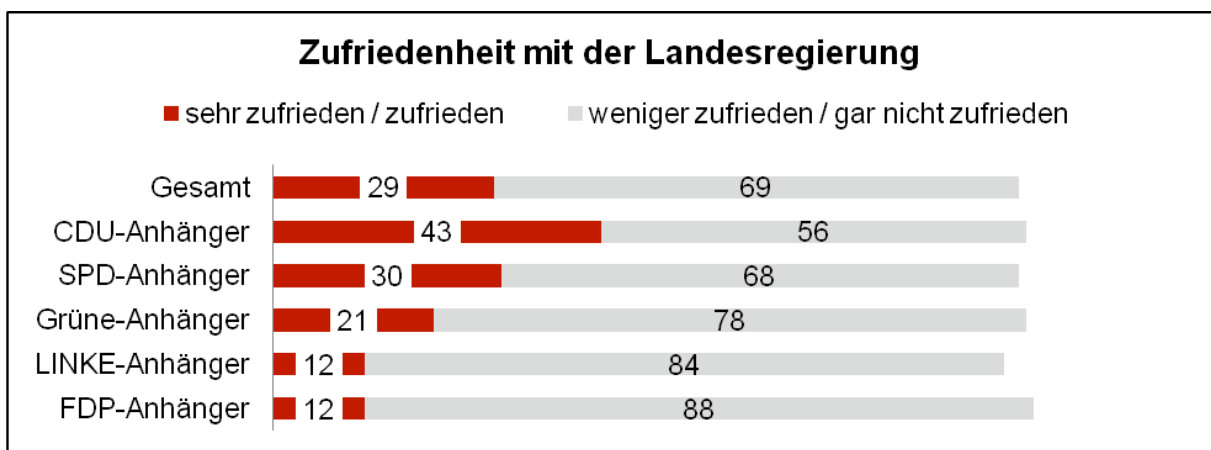
Infratest dimap ermittelte, dass für diejenigen, die voraussichtlich an der Wahl teilnehmen und eine Partei wählen wollten, mehrheitlich landespolitische Themen im Vordergrund standen, während ein deutlich geringerer Teil die Bundespolitik zur Basis der Wahlentscheidung machen wollte.

Für die potentiellen Nichtwähler/-innen hingegen war, laut Infratest dimap mit 39% die Bundespolitik maßgeblich dafür verantwortlich, dass sie sich bei der Wahl der Stimme enthalten, also nicht zur Wahl gehen wollten.

#### d. Wechselstimmung und Bewertung der Landesregierung

Auch wenn bis zum Wahltag nicht klar war, ob es CDU und FDP gelingen würde, ein schwarz-grünes Bündnis zu schmieden und die Zitterpartei aufgrund der knappen Einstimmen-Mehrheit weitergeht, war die Wechselstimmung in der Bevölkerung jedoch groß.

Dies drückt sich insbesondere in der Bewertung der Landesregierung aus, die ausgesprochen negativ ausfällt.

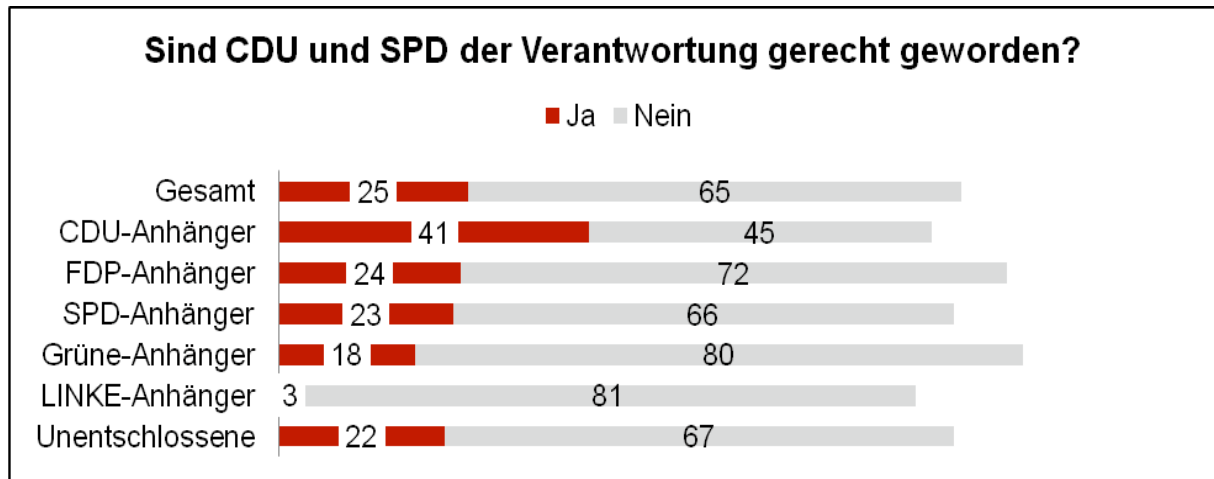


Quelle: Infratest dimap – Schleswig-HolsteinTREND September I

Mit der politischen Arbeit von CDU und SPD in der Großen Koalition sind sieben von zehn befragten Bürger/-innen unzufrieden. Nur jeder Dritte der Befragten hatte ein positives Bild der Regierungsarbeit.

Selbst die Anhänger/-innen der beiden Regierungsparteien stellten der Koalition mehrheitlich ein negatives Zeugnis aus, wobei die Kritik der SPD-Anhänger/-innen mit mehr als Zweidrittel der Befragten deutlich negativer als bei der CDU ausfällt.

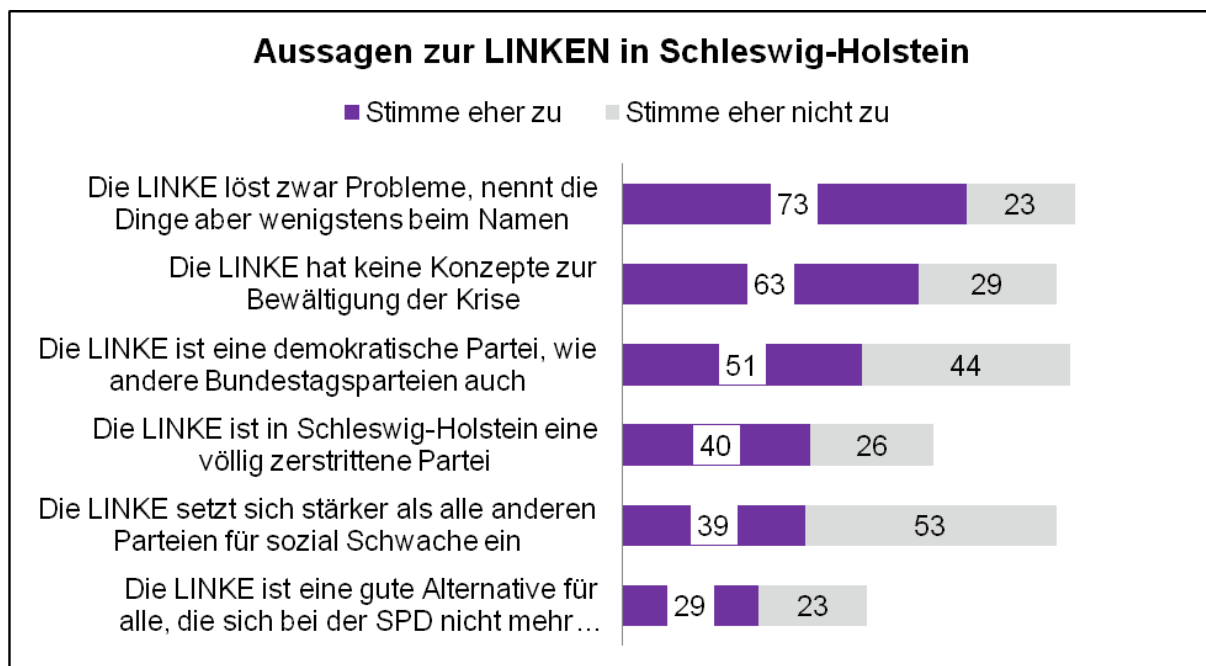
Dass bei diesen Ergebnissen die Oppositionsanhänger/-innen in der Befragung durch Infratest dimap zwischen 78% (Grüne Anhänger/-innen) und 88% (FDP-Anhänger/-innen) Kritik an der Landesregierung äußern, überrascht deshalb nicht.



Quelle: Infratest dimap – Schleswig-HolsteinTREND September III

Auf die Frage von Infratest dimap, ob die Koalition aus SPD und CDU der Verantwortung für das Land gerecht geworden ist, urteilt die Gesamtheit der Befragten zu zwei Dritteln mit Nein, nur jeder Vierte Befragte kann dem zustimmen. Auch bei den befragten Anhänger/-innen der bislang regierenden Parteien überwiegt die Skepsis. Diejenigen, die den Oppositionsparteien bzw. der LINKEN die Stimme geben wollen sind ebenfalls mehr als zwei Drittel bis vier Fünftel der Auffassung, dass die Regierungsparteien ihrer Landesverantwortung nicht nachgekommen seien.

## e. Aussagen zur LINKEN in Schleswig-Holstein



Quelle: Infratest-dimap – Schleswig-HolsteinTREND September II

## f. Koalitionssignale vor der Wahl und –präferenzen der Wahlberechtigten

Angesichts dieser Vielfältigkeit im Vielparteiensystem lohnt es sich, Koalitionssignale vor der Wahl intensiver als bislang zu betrachten. Da in einem System multipler Koalitionsmöglichkeiten nicht die Wähler/-innen, sondern die Parteiführungen über die Allianzen nach der Wahl entscheiden, können Koalitionssignale die tatsächlich ins Auge gefassten Koalitionsoptionen gegenüber den theoretisch möglichen Alternativen verdeutlichen.<sup>10</sup>

Die Betrachtung von Koalitionssignalen ist darüber hinaus mit Blick auf das Stimmensplitting und Wählerwanderungsanalysen lohnenswert. Denn sie geben Aufschluss über Rückwirkungen von gegebenen oder eben nicht gegebenen Koalitionssignalen, also darüber, ob die Parteianhänger/-innen die Signale honorieren.

Um die Komplexität der Koalitionssignale zu strukturieren, sind drei Analyse Kriterien relevant:

- Zuerst ist die Stärke des Koalitionssignals abzuschätzen. Die möglichen Ausprägungen reichen von eindeutigen Festlegungen qua Beschluss über implizite Signale von Präferenzen bis hin zu neutralen oder unverbindlichen Aussagen. Zu letzteren ist z.B. die Aussage, dass „alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein müssen“ zu zählen.
- Anschließend ist zwischen positiven und negativen Koalitionssignalen zu unterscheiden. Partei A sendet ein Signal an Partei B, mit dieser koalieren zu wollen, während mit Partei C eine Koalition hingegen konsequent ausgeschlossen wird.
- Im dritten Schritt ist die Symmetrie der Koalitionssignale zu betrachten. Denn während beispielsweise Partei A der Partei B eindeutige Avancen machen kann, kann die Partei B

<sup>10</sup> Vgl. Frank Decker 2009, Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: ZParl Heft 2, S. 434.

diese Signale zurückweisen und stattdessen ein Bündnis mit Partei C und/oder Partei D anstreben.

Auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein angewendet, entsteht folgende Matrix der Koalitionssignale.

**Tabelle: Koalitionsmatrix für die Landtagswahl 2009 in Schleswig-Holstein**

	CDU	SPD	FDP	Grüne	SSW	LINKE
CDU	-	+1	+2	+1	0	-2
SPD	0	-	0	+2	+1	0
FDP	+2	0	-	0	0	-2
Grüne	+1	+2	0	-	0	0
SSW	0	0	0	0	0	-1
LINKE	-2	0	-2	0	0	-

Anmerkung: Die Zeilenpartei macht eine Aussage zur Spaltenpartei. 0 steht für kein erkennbares, 1 für ein implizites und 2 für ein ausdrückliches Koalitionssignal. Das Vorzeichen macht deutlich, ob es sich um ein positives oder negatives Koalitionssignal handelt.

Darstellung: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Decker 2009, a.a.O., S. 447.

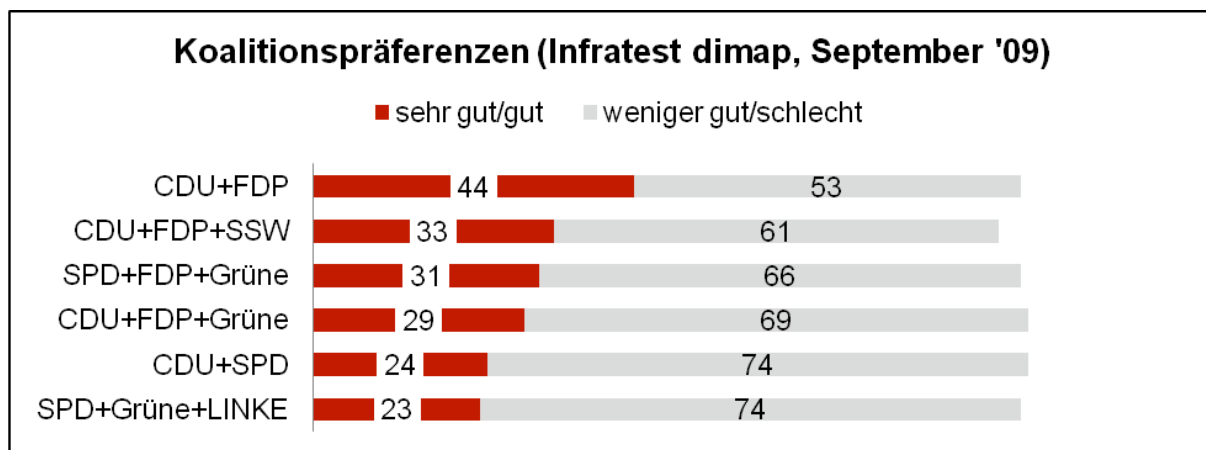
Die **CDU** strebte eindeutig eine Koalition mit der FDP an. Dorthin gingen die wahrnehmbaren positiven Koalitionssignale. Ein Bündnis mit der SPD wurde nicht ausgeschlossen, sondern im Falle eines entsprechenden Wahlausganges ebenso in die Optionen einbezogen wie ein Bündnis unter Einschluss der Grünen. Die Zusammenarbeit mit der SPD wurde jedoch abhängig gemacht von der Person Stegner, die als Ausschlussperson gehandelt wurde. Gegenüber dem SSW wurden keine Koalitionssignale gesendet, aber eine Kooperation auch nicht ausgeschlossen. Ausgeschlossen wurde allein eine Koalition mit der LINKEN.

Die **SPD** sendete ausdrückliche Koalitionssignale in Richtung der Grünen und bezog in dieses Werben auch den SSW mit ein, der in der Vergangenheit als SPD-affin galt. Eine Koalition mit der Union wurde ebenso wenig ausgeschlossen, wie ein Bündnis mit der LINKEN. Allein gegenüber der FDP gab sich die SPD reservierter, da sie von dort auch keinerlei positive Signale erhielt. Die Sozialdemokraten zeigten demnach die größte Offenheit im potenziellen Regierungshandeln. Dies war angesichts des zu erwartenden Wahlausgangs einerseits sinnvoll, um Machtoptionen im Wahlkampf zu thematisieren, könnte jedoch mit Blick auf die Koalitionspräferenzen und die Ablehnung einer schwarz-roten Koalition von Nachteil gewesen sein.

Seitens der **Liberalen** wurde eindeutig ein Bündnis mit der FDP angestrebt. Andere Bündnisse, unter Einschluss der Grünen oder des SSW wurden nicht ausgeschlossen und für denkbar erachtet. Ein Bündnis mit der SPD wurde als unrealistisch angesehen und insoweit wurden auch keine entsprechenden Signale gesendet, doch ausgeschlossen wurde auch dies nicht explizit. Die FDP war also eindeutig schwarz-gelb orientiert, ohne die Türen zur Regierungsbeteiligung mit anderen Parteien endgültig zuzuschlagen. Allein mit der LINKEN kam eine Koalition explizit nicht in Frage.

Auch die **Grünen**, die in der Vergangenheit auf die SPD orientiert waren, zeigten im Vorfeld dieser Wahl eine größere politische Offenheit und schlossen kein Bündnis explizit aus.

Die **LINKE** kündigte im Vorfeld der Wahl an, eine konsequente Oppositionspolitik verfolgen zu wollen. Insoweit wurden keine Koalitionsaussagen getätigt. Abgesehen von Union und FDP, mit denen – im gegenseitigen Einvernehmen – eine Regierungskooperation ausgeschlossen wurde, legte sich die LINKE aber auch nicht weitergehend fest.



Quelle: Infratest dimap – Schleswig-HolsteinTREND September III

Zweieinhalb Wochen vor der Wahl konnte keins der in Frage kommenden Koalitionsmodelle die befragten Wähler/-innen in Schleswig-Holstein tatsächlich überzeugen. Zwar lag eine schwarz-gelbe Koalition mit 44% Zustimmung zu 53% Ablehnung im Verhältnis zu den anderen Modellen vorn, doch sprach sich auch hier eine Mehrheit gegen dieses Modell aus.

Die Dreier-Konstellationen Ampel, Jamaica und schwarz-gelb plus SSW überzeugten jeweils nur knapp ein Drittel der Befragten, während zwei Drittel dies ablehnten.

Eine Fortsetzung der schwarz-roten Regierung konnte sich nur ein knappes Viertel der befragten Wähler/-innen vorstellen – faktisch genauso viele, wie derjenigen, die ein rot-rot-grünes Bündnis, über das derzeit im Saarland und in Thüringen verhandelt wird, befürworteten.

## 5. Das Wahlergebnis im Einzelnen

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.<sup>11</sup>

Folgende Ergebnisse sind nach Berechnungen auf der Basis von Wahlbefragungen von Infratest-dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu verzeichnen. Die Zahlen entsprechen dem Stand in der Wahlnacht. Abweichungen zwischen den Forschungsinstituten gehen auf unterschiedliche Berechnungsweisen zurück.

<sup>11</sup> Bei der Erstellung der Wahlrechtberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

## a. Die Wähler/-innen-Wanderung

An... von	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen						
	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Nichtwähler	Andere
CDU	-	8.000	-75.000	-10.000	-6.000	32.000	-9.000
SPD	-8.000	-	-15.000	-51.000	-31.000	8.000	-9.000
FDP	75.000	15.000	-	-1.000	-2.000	27.000	2.000
Grüne	10.000	51.000	1.000	-	-5.000	16.000	1.000
Linke	6.000	31.000	2.000	5.000	-	18.000	6.000
Nichtwähler	-32.000	-8.000	-27.000	-16.000	-18.000	-	-8.000
Andere	9.000	9.000	-2.000	-1.000	-6.000	8.000	-

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/analyse-wanderung.shtml>

Die **CDU** verliert insgesamt 100.000 Stimmen an andere Parteien. Davon wurde mit 75.000 Stimmen der Löwenanteil an die FDP abgegeben und somit im bürgerlichen Lager umverteilt.

Die **SPD** verliert den größten Teil ihrer abgehenden Stimmen nach links an die LINKE sowie an die Grünen. Ein anderer Teil geht nach rechts an die FDP.

Die **Grünen** und die **LINKEN** genauso wie die **FDP** sind Nutznießer der Stimmenverluste von CDU und FDP, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Alle Parteien gewinnen Stimmen aus dem Lager der **Nichtwähler/-innen**.

## b. Gründe für die Stimmabgabe

	Überzeugung	Enttäuschung
CDU	73	24
SPD	61	34
FDP	61	30
Grüne	70	27
Linke	44	50
SSW	37	55

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/flash/index.shtml?wahl=2009-09-27-LT-DE-SH>

Die vier im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne wurden zum überwiegenden Maße aus Überzeugung gewählt, in unterschiedlichem Maße stark aus Enttäuschung über andere Parteien.

Die Stimmabgabe für den SSW und die LINKE erfolgte hingegen zu einem größeren Anteil aus Enttäuschung und kann folglich als Proteststimmabgabe verstanden werden. Es wird einer späteren Analyse vorbehalten bleiben müssen festzustellen, ob es sich bei den SSW-Stimmen um bürgerliche Proteststimmen gehandelt hat, im Unterschied zu den Stimmen für die LINKE.



### c. Die Erstwähler/-innen und Wähler/-innen nach Altersgruppen

Partei	Anteil	Landesergebnis
CDU	22	31,5
SPD	20	25,4
Grüne	17	12,4
FDP	16	14,9
Linke	8	6,0
SSW	3	4,3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/umfrage-werwas.shtml>

Während CDU, SPD und FDP bei den Erstwähler/-innen ein unterdurchschnittliches Ergebnis erreichen, können Grüne, LINKE und der SSW in dieser Wähler/-innengruppe gegenüber ihrem Landesergebnis überdurchschnittliche Werte erreichen.

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	SSW
18-24	23	23	15	16	8	2
25-34	26	26	17	14	8	5
35-44	27	27	16	16	7	5
45-59	26	26	7	15	8	4
60 und älter	41	41	6	6	4	3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/umfrage-alter.shtml>

Die **SPD** verliert in den Altersgruppen der 18-24-jährigen (-14%) sowie den 35-59-jährigen (-12% bzw. -16%) zweistellig. Bei den 25-34-jährigen verliert sie 6%, während sie bei den Personen 60+ gegenüber 2005 um 4% zulegen kann.

Die **CDU** verliert in allen Altersgruppen zwischen 2% und 10%. Dabei am wenigsten stark bei den 18-24-jährigen (-2%) bzw. den 35-44-jährigen (-7%). In den anderen Altersgruppen gehen zwischen -9% und -10% der Wähler/-innen ab.

Die **FDP** gewinnt bei den 35-44-jährigen um 10% hinzu, bei den beiden jüngeren Altersgruppen 6% bzw. 7% und bleibt in den anderen Altersgruppen gleich.

Die **Grünen** können am stärksten in der Altersgruppe der 45-59-jährigen (+8%) zulegen und ansonsten im Durchschnitt 4,25%.

Die **LINKE** gewinnt in allen Altersgruppen hinzu. Aber mit 3% am wenigsten stark bei der Gruppe 60+. Bei den 18-24-jährigen erreicht sie einen Zuwachs um 6%, während sie in den anderen Altersgruppen jeweils um 7% zulegen kann.

### d. Die Wähler/-innen nach Geschlecht

	Frauen	Männer	Landesergebnis
CDU	32	30	31,5
SPD	26	25	25,4
FDP	14	17	12,4
Grüne	14	10	14,9
Linke	6	7	6
SSW	4	4	4,3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/umfrage-werwas.shtml>

Die FDP und die LINKEN werden verhältnismäßig stärker als die anderen Parteien von Männern gewählt..

#### e. Die Wähler/-innen nach Beschäftigungsmerkmal

	Arbeitslose	Arbeiter/-innen	Landesergebnis
SPD	24	27	25,4
CDU	20	24	31,5
Linke	18	13	6,0
FDP	13	12	14,9
Grüne	12	10	12,4
SSW	5	4	4,3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/umfrage-werwas.shtml>

Die SPD erzielt bei den Arbeiter/-innen den höchsten Zustimmungswert der Landtagsparteien, ebenso wie bei den Arbeitslosen. An zweiter Stelle kommt die CDU, die jedoch bei den Arbeitslosen mit einem Abstand von nur 2 Prozentpunkten von der LINKEN dicht gefolgt wird. Die LINKE erzielt bei diesen Beschäftigungsmerkmals-Gruppen einen doppelt so hohen Zustimmungswert (Arbeiter/-innen) bzw. eine dreimal höhere Zustimmung als bei ihrem Landesergebnis.

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	SSW
Alle	31	25	15	12	6	4
Arbeiter	27	24	13	10	<b>12</b>	4
Angestellte	27	25	15	17	6	4
Selbständige	35	15	23	14	4	4
Rentner	40	31	14	6	4	4
In Ausbildung	22	23	13	18	8	4
Arbeitslose	20	24	13	12	<b>18</b>	5

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/umfrage-job.shtml>

#### f. Die Wähler/-innen nach verschiedenen Merkmalen

	Arbeitslosigkeit			Landesergebnis
	Hoch	Mittel	Niedrig	
CDU	28,1	31,5	33,1	31,5
SPD	27	25,3	25,1	25,4
FDP	14,3	15,2	15,9	12,4
Grüne	12,7	11,7	13,3	14,9
LINKE	5,7	4,5	5,5	6
SSW	7,4	6,3	1,7	4,3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/logi-arbeitslos.shtml>

Während die CDU ihre besten Stimmenergebnisse in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit erreicht, sind die Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit bevorzugte Stimmgebiete der SPD. Die FDP verhält sich proportional zur CDU, während die Grünen, analog zur LINKEN in den mittleren Arbeitslosigkeitsgebieten eine geringere Stimmenquote aufweist als in Gebieten mit hoher bzw. niedriger Arbeitslosigkeit.

	Regionen				
	Schleswig	HW-Holstein	SO-Holstein	Hamburger Umland	Landesergebnis
CDU	31,5	35,4	35,6	32,4	31,5
SPD	23	24,1	26,1	25,4	25,4
FDP	13,6	16,6	14,1	15,5	12,4
Grüne	11,4	10	11,3	14,8	14,9
LINKE	4,6	5,6	6,1	5,3	6
SSW	11,5	2,9	2,5	1,3	4,3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/logi-regionen.shtml>

Es ist nicht überraschend, dass der SSW in der Region Schleswig ein überproportionales Wahlergebnis erreicht und zweistellig, noch vor den Grünen und der LINKEN wird. Weitere Signifikanzen lassen sich aus dem regionalen Ergebnis nicht ableiten.

	Einwohner/-innendichte			
	Hoch	Mittel	Niedrig	Landesergebnis
CDU	26,4	32,9	35,4	31,5
SPD	29,9	25,2	22,8	25,4
FDP	13,5	15	15	12,4
Grüne	14,1	13,1	10,3	14,9
LINKE	6,7	5,1	5,1	6
SSW	4,8	3,6	6,7	4,3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/logi-einwohner.shtml>

Die CDU ist traditionell eine Partei des ländlichen Raums und erreicht in den Gebieten mit niedriger Einwohner/-innendichte ein höheres Ergebnis als im Landesdurchschnitt sowie deutlich mehr Stimmen als in Gebieten mit hoher Einwohner/-innendichte, also dem urbanen Raum.

Die Grünen und die LINKEN verhalten sich im Hinblick auf die Einwohner/-innendichte wie die SPD. Je geringer die Einwohner/-innendichte, umso niedriger das Wahlergebnis. Die FDP, sonst durchaus auch eine Partei des Großstadtmilieus, erzielt ihre besten Ergebnisse in den Regionen mit niedriger und mittlerer Einwohner/-innendichte.

	Hochburgen					Landesergebnis
	Union-stark	SPD-stark	FDP-stark	Grüne-stark	SSW-stark	
CDU	35,5	30,1	31,3	28,3	31,6	31,5
SPD	23,3	29,1	25,4	26,6	23	25,4
FDP	15,6	13,6	18,2	15,2	13,4	12,4
Grüne	10,4	12,9	11,1	16,9	10,9	14,9
LINKE	5,2	6,6	6,3	5,6	4,6	6
SSW	5	3,1	2,9	2,5	12,1	4,3

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2009-09-27-LT-DE-SH/logi-hochburgen.shtml>

Die vorstehende Tabelle bestätigt die Überschneidungen zwischen der CDU, der FDP und dem SSW. Die drei Parteien weisen jeweils in den entsprechenden Hochburgen der anderen Partei ihre stärksten Wahlergebnisse auf.

Demgegenüber weisen SPD, Grüne und LINKE relevante Schnittmengen auf. Beide kleinen Parteien erzielen in SPD-Hochburgen ihre höchsten Stimmenwerte – von den eigenen Hochburgen natürlich abgesehen.

## **Die Autoren / Vorbehalt**

*Dr. Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlnachtberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Unterstützt wurde die Erstellung dieser Wahlnachtberichterstattung durch *Jonas Nier*.

Die während der Wahlnacht entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten, einschlägigen Medienveröffentlichungen bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

\* \* \*